

### Kölner Jugendring e.V. – U18-Wahlen

| Fragen |  | Antworten   |
|--------|--|---|
| 1.     | <b>Wie können Kinder besser vor Mobbing geschützt werden?</b>  | <p>Rund jeder sechste 15-jährige Schüler in Deutschland wird laut einer PISA-Studie regelmäßig Opfer von Mobbing im Schulalltag. Mobbing in der digitalen Welt nimmt darüber hinaus massiv zu. Wir wollen Mobbing die rote Karte zeigen. Gegenseitiger Respekt und die freie Entfaltung aller Kinder und Jugendlichen sind für uns von größter Bedeutung. Wir wollen deshalb eine Anti-Mobbing-Offensive starten, die Kinder und Jugendliche besser schützt.</p> <p>Das Thema Mobbing muss regelmäßig und offen in unseren Schulen angesprochen werden. Um einen guten Dialog und Austausch in den Schulen zu ermöglichen, wollen wir den geeigneten Umgang mit Mobbing sowie jeglichen Formen psychischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt zum Gegenstand der Ausbildung angehender Lehrkräfte machen. Lehrerinnen und Lehrer sollen sich regelmäßig zum Thema Mobbing fortbilden und als Mobbing- und Konfliktberater ausbilden lassen können. So können wir Betroffene vor Ort beraten und stärken. Schulungen können außerdem u.a. Informationen zu Themen wie „Findung der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität bei Jugendlichen“ sowie die regelmäßige Besprechung des Umgangs mit Sozialen Medien enthalten.</p> |
| 2.     | <b>Kann man Schülerinnen und Schüler besser einbeziehen bei der Entscheidung über Ganztagsmodelle?</b> | <p>Ganztagsangebote sind ein wesentlicher Beitrag für mehr Bildung und Chancengerechtigkeit. Den Rechtsanspruch wollen wir mit Qualität sowie mehr Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit bei der Beitragsgestaltung umsetzen. Wir wollen für eine bessere Verzahnung des Offenen Ganztags mit der Grundschule sorgen. Die jeweilige Schule und der Träger des Offenen Ganztags sollen enger und auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Über Schulkonferenzen und andere Beteiligungsgremien können Schülerinnen und Schüler sowie ihre Erziehungsberechtigten ihren Einfluss dort zur Geltung bringen. Wir wollen im Dialog mit Kommunen, Trägern und Eltern die Ganztagsbetreuung weiterentwickeln und dabei auch Wege zum gebundenen Ganztags im Grundschulbereich zur Stärkung von Chancengerechtigkeit und bester Bildung einbeziehen.</p>  |
| 3.     | <b>Wie kann Allgemeinwissen besser im Lehrplan verankert werden?</b>                                   | <p>Wir Freie Demokraten wollen, dass Schülerinnen und Schüler über notwendige Grundkenntnisse verfügen, um fundierte Entscheidungen in Alltag und Beruf treffen zu können.</p> <p>Junge Menschen beklagen häufig selbst, dass sie zwar ein Gedicht interpretieren können, aber bei Anforderungen wie der Steuererklärung, Miet- oder Arbeitsverträgen von der Schule kaum Wissen vermittelt bekommen haben.</p>   |

|    |   |   |
|----|---|---|
|    |   | <p>Wir haben daher bereits die Kernlehrpläne der Klassen 5 bis 10 überarbeitet. Insbesondere die Einführung des Schulfachs Wirtschaft an allen Schulformen war ein überfälliger Schritt hin zu mehr ökonomischem Wissen als Bestandteil der Allgemeinbildung und mehr Verbraucherbildung, um auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten.</p> <p>Diesen Weg wollen wir weitergehen und unter anderem auch ein Verständnis der Aktienmärkte und der Wege von langfristiger Eigentumsbildung beispielsweise im Rahmen des Schulfachs Wirtschaft in allen Schulformen stärken.</p>  |
| 4. | <p><b>Wie kann man dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler mehr Zeit für Freunde und individuelle Freizeitgestaltung haben?</b></p> | <p>Die individuelle Freizeitgestaltung hat für uns einen großen Stellenwert. Denn Kinder und Jugendliche sind für uns mehr als nur Schülerinnen und Schüler. Sie sollen ausreichend Freiraum haben, ihren persönlichen Interessen nachzugehen. Insbesondere die Corona-Pandemie sowie die mit ihr verbundenen Einschränkungen haben offengelegt, wie wichtig vor allem das Miteinander mit Gleichaltrigen, Freizeitangebote und Sportaktivitäten für Kinder und Jugendliche sind. Neben dem Aufholen von Lernrückständen gilt es, vor allem auch im außerschulischen Bereich aufzuholen sowie Erfahrungen und Erlebnisse nachzuholen, auf die Kinder und Jugendliche in den vergangenen zwei Jahren verzichten mussten. In den vergangenen zwei Jahren der Corona-Pandemie haben wir in Regierungsverantwortung bereits Geld für zusätzliche Sport- und Freizeitmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit dem Bund sollen solche Angebote in den Bereichen Bewegung und Gesundheit ausgebaut und zügig umgesetzt werden.</p> <p>In der Schule lernen Kinder und Jugendliche Vieles für ihren künftigen beruflichen Werdegang. Aber nur in Kombination mit ausreichend Freizeit und gemeinsamer Zeit mit ihren Freundinnen und Freunden lernen sie auch für ihr Leben. Darum setzen wir uns dafür ein, dass neben der notwendigen Zeit in der Schule auch immer genügend Zeit für Freundinnen und Freunde sowie Freizeitangebote bleibt. Dies gilt es auch bei der Weiterentwicklung von Ganztagsmodellen zu bedenken.</p> |
| 5. | <p><b>Sollten Regelschmerzen bei Schülerinnen als Entschuldigungsgrund anerkannt werden?</b></p>  | <p>Die Menstruation wird auch heute noch oft tabuisiert oder als Randthema angesehen. Dabei kann eine fehlende Aufklärung über die eigene Menstruation zur Einschränkung der Grundrechte auf Bildung, auf Gesundheitsversorgung sowie auf Nichtdiskriminierung und Gleichstellung führen. Für uns Freie Demokraten ist es wichtig, dass dieses Thema frei von Stigmatisierung und Vorurteilen behandelt wird. Insbesondere müssen Anlässe, wie z. B. der <i>Menstrual Hygiene Day</i> am 28. Mai, dazu genutzt werden, um als Politik und Gesellschaft eine Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen und damit einen aktiven Beitrag zu leisten, Tabus und Stigmata rund um das Thema Menstruation abzubauen. Im Rahmen solcher Debatten sollte sich auch über Regelschmerzen als Entschuldigungsgrund bei Schülerinnen auseinandergesetzt werden.</p>  |

|    |  |  |
|----|--|--|
| 6. | <b>Sollten Mädchen das, was sie für die Monatshygiene brauchen, kostenlos erhalten?</b>                                      | Der mangelnde Zugang zu Menstruationshygieneprodukte stellt Mädchen und Frauen vor Herausforderungen. Folgen sind unter anderem Auswirkungen auf die gleichberechtigte Teilhabe, aber auch Gefühle wie Unwohlsein und Scham. Die Städte und Gemeinden in NRW können eigenverantwortlich darüber entscheiden, ob diese Produkte in öffentlichen Gebäuden und Schulen kostenfrei angeboten werden; viele tun dies bereits auch schon. Wir Freien Demokraten befürworten einen ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent auf Menstruationshygieneprodukte. Neben einer finanziellen Entlastung für die betroffenen Mädchen und Frauen könnte ein solcher Schritt auch dazu beitragen, das Thema Menstruation zu enttabuisieren und aus der Nische der gesellschaftlichen Diskussionen zu holen.   |
| 7. | <b>Was muss noch getan werden zur Gleichstellung von Frau und Mann?</b>  | Wir Freien Demokraten gestalten eine neue Gleichstellungspolitik für alle. Frauen und Männer wollen wir eine gleichermaßen freie Entfaltung in allen Lebensbereichen sowie Chancen ermöglichen. Dort, wo Benachteiligungen vorliegen, wollen wir uns dafür einsetzen, diese abzubauen. Dazu brauchen wir einen kontinuierlichen Kulturwandel, der sich von Geschlechterstereotypen löst, die Lebenswirklichkeiten prägen. Um insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, unterstützen wir Jobsharing-, also eine Arbeitsplatzteilung und Topsharing-Modelle, also das Teilen einer Führungsfunktion für mehr Flexibilität. Wir wollen das Modell „Girls‘ und Boys‘ Day Academies“, das neue Einblicke in geschlechtsuntypische Berufe bietet, auswerten und für ganz Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln.  |
| 8. | <b>Was kann man tun für die Gleichstellung von Menschen, die sich nicht den traditionellen Geschlechterbildern zuordnen?</b> | Chancen sollen allen Geschlechtern offenstehen und auch von ihnen ergriffen werden können. Wir setzen uns darum ein für eine gesellschaftliche Offenheit für unterschiedliche Lebensentwürfe jenseits von traditionellen Rollenbildern, um eine echte Selbstbestimmung der Geschlechter zu erreichen.<br><br>Männern wollen wir bei Bedarf selbstverständlich mehr Zeit für Familienarbeit ermöglichen. Ganz grundsätzlich wollen wir uns dafür einsetzen, dass eine gleichmäßigere Aufteilung der Familienarbeit gesellschaftlich eine höhere Anerkennung und Respekt erfährt. Frauen und Männer sollen sich wirklich frei entscheiden können, wie sie die Familien- und/ oder Erwerbsarbeit aufteilen möchten.<br><br>Wir berücksichtigen dabei auch die Lebensrealitäten der LSBTIQ*-Gemeinschaft, besonders in der Bildung und im Arbeitsleben. Die Vielfalt von Geschlechtern und geschlechtlichen Orientierungen sind für uns keine Widersprüche, sondern machen unsere Gesellschaft stärker und menschlicher. Wir wollen stereotype Rollenbilder aufbrechen, stellen uns Diskriminierung entschieden entgegen und setzen uns ein für gleichberechtigte Chancen für alle Menschen. |
| 9. | <b>Sollten Kautabak und Shisha ab 13 Jahren freigegeben werden?</b>  | Der Konsum von nikotinhaltigen Tabakprodukten ist unabhängig von unterschiedlichen Formen der Aufbereitung und Anwendung mit einem hohen Suchtpotential verbunden.   |

|     |  |   |
|-----|--|---|
|     |  | <p>Die besondere Problematik bei Kautabak ist, dass zwar keine Verbrennung des Tabaks stattfindet und dementsprechend auch nicht die üblicherweise mit der Verbrennung verbundenen gesundheitsgefährdenden Stoffe entstehen. Allerdings enthält Kautabak dafür in der Regel aber auch höhere Nikotinanteile, die über den direkten Kontakt mit den Schleimhäuten aufgenommen werden. Beim Shisha-Rauchen hingegen besteht die Problematik, dass durch die Wasserkühlung der Rauch nicht die Temperatur von Zigaretten erreicht und damit tiefer inhaliert werden kann, sodass die Schadstoffe im besonderen Maße aufgenommen werden. Deshalb halten wir es im Hinblick auf den Kinder- und Jugendschutz für sinnvoll, alle derartigen Produkte gleich zu behandeln und nicht für einzelne Formen Altersgrenzen herabzusetzen.</p>   |
| 10. | <p><b>Was muss getan werden, damit genug bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht?</b></p> | <p>In angespannten Wohnungsmärkten und Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen wollen wir Leuchttürme für neuen Wohnraum und Aufstiegschancen schaffen. Hierzu sollen Hochhäuser nach höchsten ökologischen und städtebaulichen Standards in innovativer Bauweise entwickelt werden. Über Vereinbarungen mit Investoren sollen konkrete Anteile für mietpreisgebremsten und mietpreisgebundenen Wohnraum festgelegt werden. Die Abweichung von der Begrenzung auf sieben Geschosse soll für innovative und architektonisch ansprechende Mehrzweck-Hochhäuser genutzt werden – das Gegenteil von neuem Plattenbau. Unser Ziel dabei ist eine vertikale Quartiersentwicklung durch die Verknüpfung des Wohnraums mit Bildungs- und Teilhabeangeboten wie einer Kita im Haus, einem Quartiersmanager und kleinem Einzelhandel. Auch innovative Versorgungsansätze wie „Vertical Farming“ sollen integriert werden können. Wir sind überzeugt, dass in Deutschland die Möglichkeiten vom Bauen in die Höhe bei weitem nicht ausgeschöpft werden – und dass diese, maßvoll eingesetzt, eine Chance für faszinierende Stadtentwicklung sein können. Zudem waren bereits im letzten Jahrhundert „Arbeitersiedlungen“ etwa im Rahmen des „Neues Bauen“ begeisternde Vorbilder der Stadtentwicklung, an denen sich die besten Architekten beteiligten und die oft heute noch als Architekturdenkmäler strahlen. Laden wir doch auch im 21. Jahrhundert wieder die besten Architekten der Welt ein, soziale Transformation und Aufstiegschancen auch durch Architektur zu befördern, statt sich vor allem außerhalb Europas zu verwirklichen.</p> <p>Wir haben den Rahmen dafür geschaffen, dass sich die örtlichen Wohnungsmärkte zunehmend entspannen. Wir wollen Mieterschutz-Bestimmungen wie die Mietpreisbremse, die Kappungsgrenze und die Kündigungssperrfrist bedarfsgerecht weiterentwickeln, evaluieren und nicht notwendige Reglementierungen abbauen.</p> <p>Die öffentliche Förderung zum Bau und zur Modernisierung von mietpreisgebundenem und mietpreisgebremstem Wohnraum ist nach wie vor die wichtigste Säule der NRW-Wohnraumförderung. Wir</p> |

|     |   |  |
|-----|---|--|
|     |   | <p>wollen die Förderung des Wohnungsbaus zielgenauer machen. Denn obwohl kein Bundesland so viel Geld für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stellt wie Nordrhein-Westfalen, werden immer noch zu wenige Wohnungen damit gebaut. Wir wollen deshalb alle etwaigen Hürden identifizieren und beseitigen, damit auch alle Fördermittel wirklich für neue Wohnungen genutzt werden. Zudem wollen wir Anreize für weitere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Pensionsfonds.</p> <p>Wir werden weiter dafür sorgen, den Bau von Wohnungen attraktiver zu machen und setzen dabei auf eine echte Um- und Ausbaukultur. Wir haben bereits zahlreiche bauordnungsrechtliche Hindernisse beiseite geräumt, um weitere Potenziale für Dachausbau und Nachverdichtung zu realisieren. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und auch die Schaffung von neuem Wohnraum durch die Teilung von Wohnungen stärker einbeziehen, um insbesondere den Bedarf an kleinen Wohnungen besser decken zu können. Weitere Hindernisse in der Bauordnung, wie zum Beispiel die Regelungen zur Dachaufstockung und Abstandsflächen, wollen wir durch eine entsprechende Überarbeitung beseitigen. Das heißt, einerseits die Quartiere dichter zu planen und andererseits völlig neue Räume für Erholung und Begegnung zu schaffen. Sofern eine Baunorm die Schaffung von Wohnraum aufhält, muss ein Bauprojekt dennoch genehmigt werden können, wenn der Schutzstandard auf andere Weise realisiert werden kann. Die Modernisierungsoffensive als Teil der Wohnraumförderung wollen wir fortsetzen. Damit mobilisieren wir Investitionen in Wohnraum und in die generationengerechte und energetische Sanierung von Bestandsgebäuden.</p> <p>Um Wohnen in ländlichen Regionen ohne Pendel-Notwendigkeiten zu stärken, wollen wir auch die Einrichtung von Co-Working-Spaces forcieren. Denn Co-Working-Spaces sind für Freiberufler, Freelancer und Start-Ups ebenso wie für Großunternehmen geeignete Alternativen zu eigenen Räumen. Auch für die öffentliche Hand sind sie ein gutes Instrument für weiter entfernt wohnende Beschäftigte.</p> |
| 11. | <p><b>Sollten ein Grundeinkommen und eine Grundrente eingeführt werden?</b></p> | <p>Diese Frage kann NRW nicht alleine entscheiden, sondern betrifft die Zuständigkeiten des Bundes.</p> <p>Wir Freie Demokraten lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Die Grundsicherung muss aber unbürokratischer, würdewahrender und chancenorientierter werden – unser Modell dafür ist das einkommens- und vermögensabhängige Liberale Bürgergeld. Ein Grundeinkommen wäre leistungsfeindlich, teuer und ungerecht. Wer gearbeitet und vorgesorgt hat, muss im Alter immer mehr haben als die Grundsicherung. Deshalb möchten wir eine „Basis-Rente“ einführen. Hierzu schlagen wir einen Freibetrag bei der gesetzlichen Rente vor – 20 Prozent sollen künftig anrechnungsfrei sein. Damit stellen wir sicher, dass Menschen mit kleinerer Rente, die vielleicht nur einige Zeit gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige</p>  |

|     |   |  |
|-----|---|--|
|     |   | <p>gepflegt haben, besser gestellt sind als jene, die nie gearbeitet haben. Heute werden hingegen gesetzliche Rentenansprüche vollständig auf die Grundsicherung im Alter angerechnet. Wir Freie Demokraten wollen eine faire Rente: Deshalb möchten wir die Auszahlung der Basis-Rente an eine Bedürftigkeitsprüfung knüpfen. Zudem wollen wir Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente zusammenführen: Dann muss niemand mehr für einen Rentenzuschuss zum Sozialamt gehen – das ist würdevoll!</p>  |
| 12. | <p><b>Wie kann man erreichen, dass mehr öffentliche Grünflächen sowie Spiel- und Bolzplätze zur Verfügung stehen?</b></p> | <p>Wir orientieren uns an dem Leitbild „Stadt der Moderne“, das zum Ziel hat, Nachhaltigkeit, Wohnraum und Erholung zusammenzubringen. In der modernen Stadt gehen Kultur und Natur Hand in Hand: Häuser sind anteilig aus nachhaltigen Baustoffen errichtet. Auf den Dächern wachsen kühlende Gräser und Moose. Brunnen, Stadtseen und Bachsysteme können Starkregen wie ein Schwamm aufsaugen und die Kanalisation entlasten. Gut geplante Wind- und Luftschneisen sorgen dafür, dass die Luft niemals „steht“, sondern zirkuliert, die Stadt abkühlt und die Lebensqualität in den Städten verbessert wird.</p> <p>Wir wollen darum über eine moderne Städtebauförderung einerseits Quartiere dichter planen, andererseits aber auch völlig neue Räume für Erholung, Begegnung und Freizeit, vor allem auch für Kinder und Jugendliche, schaffen. Bürokratische Hürden, die derartige Vorhaben derzeit noch ausbremsen, werden wir weiter senken, damit Kinder und Jugendliche in Zukunft auf zusätzliche Grünflächen sowie Spiel- und Bolzplätze in direkter Umgebung zugreifen können.</p>                                  |
| 13. | <p><b>Sollten Kinder und Jugendliche Freizeitangebote wie Schwimmbäder kostenlos nutzen können?</b></p>                   | <p>Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, wie Schwimmbäder, dienen nicht nur der Unterhaltung oder der körperlichen Betätigung. Sie sind Orten, an denen Kinder und Jugendliche abseits der Schule vielfältige Möglichkeiten haben, ihren Charakter und ihre Entwicklung zu prägen. Sie stärken allgemeine, soziale, kulturelle und persönliche Kompetenzen. Das eingeschränkte oder fehlende Freizeitangebot während der Pandemie hat die große Bedeutung dieser Angebote nochmals unterstrichen. Gerade für Kinder und Jugendliche darf die Inanspruchnahme von Freizeitangeboten deshalb nicht von ihren finanziellen Möglichkeiten abhängen. Gleichzeitig dürfen jedoch bspw. Kommunen, die Schwimmbäder betreiben, finanziell nicht überlastet werden. Es gilt, Freizeitangebote an sich auszubauen und für alle in der Breite verfügbar zu machen, um jedem und jeder Einzelnen eine Inanspruchnahme zu ermöglichen. Kinder und Jugendliche sollen deshalb möglichst flächendeckend einen deutlich ermäßigten Zugang erhalten. Dabei sollen insbesondere die Bedürftigen verstärkt in den Blick genommen werden.</p> |
| 14. | <p><b>Sollte Werbung im öffentlichen Raum und in Medien stärker eingeschränkt werden?</b></p>                             | <p>Für uns Freie Demokraten sind freie und unabhängige Medien in einer Demokratie unverzichtbar, weil sie Pluralität und Vielfalt bewahren und abbilden. Deshalb wollen wir die Medien- und Meinungsvielfalt sichern und stärken. Allerdings sind journalistische Formen und Formate kostenintensiv, sodass Werbung eine starke und wichtige Einnahmequelle ist. Deswegen unterliegt Werbung besonderen rechtlichen Regelungen, die</p>  |

|     |   |  |
|-----|---|--|
|     |   | <p>unter anderem die Einflussnahme Dritter durch Werbung verhindern. Durch diese Werberichtlinien wird redaktionelle Unabhängigkeit und Irreführung der Zuschauerinnen und Zuschauer sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher verhindert, ohne die werbefinanzierten Medien in Frage zu stellen. Besondere Regelungen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher gelten auch hinsichtlich der Werbung für Tabakerzeugnisse, Alkohol, Medikamente und Glücksspiel. Die Einhaltung dieser gesetzlichen Werbebestimmungen wird kontinuierlich überwacht und bei Verstößen auch entsprechend sanktioniert, sodass es für uns nach derzeitigem Stand keiner stärkeren Einschränkungen bedarf.</p>  |
| 15. | <p><b>Wie kann man faire Waren und Bioprodukte bezahlbarer machen?</b></p>          | <p>Lebensmittel haben ihren Wert. Wir Freien Demokraten setzen uns daher für einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln ein - egal ob Bio oder konventionell. Die Landwirtinnen und Landwirte in Nordrhein-Westfalen erzeugen qualitativ hochwertige Lebensmittel. Sie müssen für ihre Arbeit fair und angemessen entlohnt werden. Deshalb setzen wir uns für die Förderung und den Ausbau von regionalen Wertschöpfungsketten ein, sodass mehr biologische und konventionelle Lebensmittel aus der Region kommen und nicht unnötig importiert werden müssen. Wir wollen die heimischen Bäuerinnen und Bauern stärken, damit diese faire und bezahlbare Lebensmittel produzieren können.</p> <p>Denn wenn vermehrt Lebensmittel aus der Region kommen, fallen überflüssige Transportkosten weg, die Produkte werden preiswerter und gleichzeitig wird das Klima geschützt. Außerdem lohnt es sich, beim Einkauf auf saisonale Lebensmittel zu achten. Diese sind oft preiswerter als nicht saisonale Lebensmittel.</p> |
| 16. | <p><b>Sollten alle Schuldächer mit Solaranlagen versehen werden?</b></p>            | <p>Wir wollen alle verfügbaren Flächen für den Ausbau Erneuerbarer Energien nutzen. Sofern der Aufbau und der Betrieb einer Solaranlage auf einem Schuldach ökologisch und ökonomisch möglich und sinnvoll ist, wollen wir Solaranlagen auf kommunalen Gebäuden, wie beispielsweise Schulen, in Kombination mit Batteriespeichern angemessen und großzügig fördern.</p> <p>Eine Pflicht für Solaranlagen auf Schuldächern lehnen wir allerdings ab. Da beispielsweise einige Schulen und/oder Gebäudeteile stets bzw. größtenteils im Schatten stehen oder deren Dächer gen Norden ausgerichtet sind, ist eine pauschale Pflicht für Solaranlagen auf allen Schuldächern nicht sinnvoll.</p>   |
| 17. | <p><b>Sollte man Rechtspopulisten weniger Profilierungsmöglichkeiten geben?</b></p> | <p>Wir grenzen uns scharf zu jeder Form von rechtem, linkem und religiösem Extremismus ab – sie alle werden von uns bekämpft. Das Grundgesetz garantiert in unserem freiheitlichen demokratischen Staat das Recht für jede und jeden, die eigene Meinung friedlich und gewaltfrei in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Für uns Freie Demokraten stellt sich daher nicht die Frage, wie man Meinungen beschneiden kann: Das Recht auf Meinungsfreiheit zeichnet unsere Demokratie aus. Dazu gehört es auch, dass Meinungen</p>   |

|     |  |   |
|-----|--|---|
|     |  | <p>kundgetan und zugelassen werden, die nicht der eigenen Überzeugung entsprechen. Das bedeutet aber nicht, dass man deshalb nicht widersprechen darf: Unsere Demokratie lebt vom Meinungs­austausch und auch vom Streit um das bessere Argument. Wir Freien Demokraten werden uns deshalb immer gegen Rechtspopulisten stellen und deutlich machen, dass wir für gänzlich andere Werte, für eine offene Gesellschaft, für Chancengerechtigkeit für jeden Menschen, unabhängig seiner Herkunft, stehen. Der beste Weg, Rechtspopulisten zu begegnen, ist und bleibt der offene und respektvolle Dialog, das Erklären der eigenen Haltung und das Einstehen für die eigenen Werte. Populismus verfängt nämlich vor allem dort, wo es keinen offenen Dialog gibt und wo Entscheidungen und Haltungen unklar oder nicht nachvollziehbar bleiben.</p>   |
| 18. | <p><b>Brauchen wir eine allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19?</b></p> | <p>Bei der Frage nach einer allgemeinen Impfpflicht handelt es sich um eine der komplexesten und schwierigsten Fragen, mit der sich die Politik derzeit zu befassen hat. Hier gilt es, eine Vielzahl von medizinischen, ethischen, juristischen und praktischen Argumenten abzuwägen. Bei einer Impfpflicht wird einerseits erheblich in die Rechte und Selbstbestimmung der Menschen eingegriffen, sodass es für eine solche Verpflichtung zurecht sehr hohe rechtliche Hürden gibt. Auf der anderen Seite sind die Auswirkungen der Pandemie auf die Menschen, allen voran auf Kinder und Jugendliche, die Gesellschaft und die Wirtschaft ebenfalls enorm. Klar ist: jede Impfung hilft, die Pandemie zu bekämpfen! Weil aber gute Gründe für und gute Gründe gegen eine Impfpflicht sprechen und weil es eben auch um gewichtige ethische Argumente geht, betrachtet die FDP-Fraktion die Frage nach einer allgemeinen Impfpflicht als eine sogenannte Gewissensfrage und nicht als parteipolitische Entscheidung. Wir begrüßen deshalb, dass der Deutsche Bundestag auf der Grundlage von Anträgen beraten wird, die von Gruppen von Abgeordneten eingebracht werden. Dabei entscheidet jede und jeder Abgeordnete eigenständig über seine finale Haltung. Das kann dann dazu führen, dass sich ein Teil der Abgeordneten einer Fraktion für und ein anderer Teil gegen eine Impfpflicht ausspricht.</p> |